

## Vorlage Stadtparlament

Datum 24. Mai 2022  
Beschluss Nr. 1771  
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellation

### Interpellation Miriam Rizvi: St.Galler Finanzierung des russischen Regimes durch Gasimporte?; schriftlich

Miriam Rizvi sowie 35 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 22. März 2022 die beiliegende Interpellation «St.Galler Finanzierung des russischen Regimes durch Gasimporte» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auf die weltweite Versorgung aus. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Sanktionen führen zu einer erhöhten Instabilität auf den Energiemärkten. Auch die Schweiz ist davon betroffen, weil unser Land Öl und Erdgas vollständig importieren muss. Die Schweiz ist entsprechend gefordert, diese Abhängigkeit zu reduzieren und die einheimischen erneuerbaren Energien zu stärken.

Der Bundesrat hat für den Gasbereich spezifische Massnahmen zur Stärkung der Versorgungssicherheit beschlossen. Am 4. März 2022 hat er die Voraussetzungen geschaffen, damit die Schweizer Gasbranche die für den kommenden Winter nötigen Beschaffungen rasch gemeinsam vornehmen kann, ohne dass sie kartellrechtliche Konsequenzen befürchten muss. Die Beschaffungen betreffen Gas, Flüssiggas, zusätzliche Speicherkapazitäten sowie Terminalkapazitäten. In der Schweiz entspricht der Gasanteil am gesamten Energiebedarf 15 %. Rund 43 Prozent stammen aus Russland. Ein Drittel wird für industrielle Anwendungen, rund zwei Drittel werden für Raumwärme eingesetzt.

#### 2 Beantwortung der Fragen

1. *Beziehen die Energieversorger der Stadt St.Gallen Gas aus Russland? Wenn ja, wie hoch ist der Anteil an der Gesamtmenge?*

Im Gasbereich gibt es nur für Biogas so genannte Herkunftsnachweise, die es erlauben, die Herkunft bis zum Produzenten zurückzuverfolgen. Für Gas, das am Grosshandelsmarkt beschafft wird, gibt es – wie bei den meisten Commodities (z. B. auch Öl oder Gold) – keine Herkunftsnachweise. Die St.Galler Stadtwerke beschaffen ihr Gas am Grosshandelsmarkt an den relevanten europäischen Märkten, was wiederum bedeutet, dass der Anteil an russischem Gas dem Schweizer Anteil von 43 Prozent

entspricht. Seit kurzem können mit norwegischen Gaslieferanten direkt Verträge abgeschlossen werden, bei welchen die Herkunft aus Norwegen garantiert werden kann.

*2. Wieviel Geld wurde somit seit dem Jahr 2014 in russisches Gas investiert?*

Bei der folgenden Darstellung handelt sich dabei um eine Annäherungsrechnung. Ausgehend von den Beschaffungskosten von Erdgas wurde vereinfacht für die Jahre 2014 bis 2021 von einem Anteil an russischem Erdgas von 43 Prozent ausgegangen. Die Zahlen beziehen sich auf die von den sgsw direkt belieferten Kundinnen und Kunden in den Gemeinden St.Gallen, Abtwil, Arbon (ohne Frasnacht), Horn, Mörschwil (Riederen), Rorschach, Steinach und Wittenbach (Bruggwald) sowie Industriekunden.

	<b>Erdgas-Beschaffungskosten in TCHF</b>	<b>Anteil russisches Gas in TCHF</b>
2014	32'043	13'778
2015	27'256	11'720
2016	29'237	12'572
2017	27'888	11'992
2018	30'893	13'284
2019	33'066	14'219
2020	27'929	12'010
2021	41'738	17'947
<b>Total</b>	<b>250'050</b>	<b>107'522</b>

*3. Ist der Stadtrat bereit, die Stadt St.Gallen mit einem Handelsverbot für russisches Gas zu belegen?*

Wenn die Herkunft an den Grosshandelsmärkten definiert werden könnte, könnte der Stadtrat die Stadtwerke anweisen, kein russisches Gas mehr zu beschaffen. Dies ist momentan noch nicht möglich. Allerdings konnte aufgrund der Umstände für den nächsten Winter ein Direktvertrag mit einem norwegischen Gaslieferanten abgeschlossen werden, welcher garantiert, dass ein Drittel der Gaslieferungen aus Norwegen stammt. Die europäische Union ist ebenfalls daran, den Anteil an russischem Gas, das nach Europa fliesst zu reduzieren. Wenn in die europäischen Märkte weniger russisches Gas fliesst, reduziert sich automatisch auch der Anteil in St.Gallen.

*4. Könnte ein allfälliger Stopp des Gasbezugs aus Russland mit ökologischen und nachhaltigen Alternativen kompensiert werden, auch wenn dies kurzfristig einen grösseren finanziellen Aufwand zu bedeuten hätte?*

Europa bezieht rund 50 Prozent des Gases aus Russland. Die europäische Union ist daran, den Anteil an russischem Gas zu reduzieren. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil kurzfristig halbiert werden kann. Für weitere Reduktionsschritte sind Investitionen in erneuerbare Gase und in

LNG-Terminals (LNG = Liquefied Natural Gas) notwendig, um die Kapazitäten für LNG-Einspeisungen zu erhöhen. Durch Abkühlen auf minus 162 Grad kann Methan verflüssigt werden. Das Volumen reduziert sich damit um den Faktor 600. Auf dieser tiefen Temperatur gehalten, kann das verflüssigte Erdgas mit Tankschiffen transportiert werden. Diese werden in speziellen Anlagen entladen. Europa setzt dabei auf Gas aus den USA, aus Katar und Australien.

Die Versorgung mit LNG dürfte deutlich teurer werden als mit herkömmlichem Erdgas. Aufgrund des aufwändigen Transports und der Wiederaufbereitung liegt der Preis für LNG meist über dem Preis für Pipeline-Gas. Die meisten LNG-Mengen sind zudem an langfristige Lieferverträge gebunden. Neue Kontingente müssen am Spotmarkt eingekauft werden. Europa steht hier im Wettbewerb mit Asien.

Flüssiggas-Projekte sind in Europa nicht unumstritten. Der Prozess der Verflüssigung, die Kühlung beim Transport, der Transport selbst und die Regasifizierung von LNG am Import-Terminal ist sehr energieaufwändig, All das zusammengenommen macht LNG in der Regel klimaschädlicher als Erdgas, das über Pipelines transportiert wird. Für die Klima- und Umweltbilanz von LNG ist zudem die Herkunft entscheidend. LNG aus den USA, dem zurzeit grössten Importeur nach Europa, stammt oft aus Fracking-Quellen, die mit besonders hohen Umweltschäden und Emissionen verbunden sind. Beim Fracking werden Wasser und Chemikalien mit hohem Druck in das Bohrloch gepresst, um schwer zugängliche Öl- und Gaslagerstätten zu erschliessen. Während das Verfahren in Deutschland verboten ist, wird mit ihm in den USA der überwiegende Teil des Erdgases gewonnen.<sup>1</sup>

Als ökologische Alternativen stehen aktuell einzig Biogas und synthetische Gase als Option zur Verfügung. Diese erneuerbaren Gase sind in Europa aber knappe Güter und werden derzeit stark nachgefragt. Die Gaswirtschaft ist bestrebt, den Anteil an erneuerbaren Gasen stetig auszubauen, jedoch kann dies in absehbarer Zeit einen allfälligen Stopp von Gas aus Russland bei weitem nicht kompensieren.

Das wenige Schweizer Biogas ist nahezu ausverkauft, da die heutige Produktion nur den Bedarf im tiefen einstelligen Prozentbereich abzudecken vermag. Etwa 400 Gigawattstunden werden heute in der Schweiz produziert, gut ein Prozent des Bedarfs. Dies entspricht in etwa dem Gasverbrauch in der Stadt St.Gallen. Viele Ostschweizer Energieversorger bieten Gasprodukte mit Biogasanteilen an. Sie nutzen einheimisches Biogas aus den Bioabfällen von Städten und Gemeinden, so auch St.Gallen und Frauenfeld. Ein bis zwei Gigawattstunden beziehen die St.Galler Stadtwerke jährlich aus der Biogasanlage in Uzwil, produziert aus St.Galler Grüngut. Der gesamte Biogasabsatz der Stadtwerke beläuft sich aktuell auf 74 GWh, wovon 10 Prozent aus dem Inland stammen. Es ist geplant, die inländischen Mengen an erneuerbaren Gasen (Biogas und synthetische Gase) bis zum Jahr 2030 auf 26 Gigawattstunden zu erhöhen.

Es zeigt sich, dass ein rascher Ersatz des russischen Erdgases in Europa nicht durch eine ökologische Alternative bewältigt werden kann. Zwar dürfte LNG als Ersatz in wenigen Jahren in ausreichender Menge vorhanden sein, es kann aber nicht als ökologische Alternative bezeichnet werden.

Unabhängig davon ist es wichtig, den Weg des Energiekonzepts konsequent weiterzuverfolgen. Der Gasbedarf wird bis ins Jahr 2050 in der Stadt St.Gallen von 408 auf 210 Gigawattstunden reduziert.

---

<sup>1</sup> [LNG: Das sollten sie über Flüssiggas wissen - GEO](#)

Das Gas wird dannzumal schwerpunktmässig für industrielle Anwendungen, für die Ergänzungswärme in der Fernwärmeversorgung und für Wärmekraftkopplungs-Anlagen eingesetzt. Das Gas soll bis dahin vollständig erneuerbar zur Verfügung stehen. Ähnlich wie bei der Photovoltaik ist dieser Umbau kontinuierlich und ambitioniert anzugehen. Die Reduktion des Gasabsatzes ist stark abhängig vom Ausbau der Fernwärmeversorgung, da gemäss Energiekonzept die Gebäude im Talboden der Stadt an diese angeschlossen werden sollen.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilage:  
▪ Interpellation vom 22. März 2022